

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 30. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Juli 2026)

zum Thema:

Rodungen in der Rudolf-Leonhard-Str. in Marzahn

und **Antwort** vom 13. August 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2026)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26762
vom 30. Juli 2026
über Rodungen in der Rudolf-Leonhard-Str. in Marzahn

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahme gebeten. Die Stellungnahme wird an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Trifft es zu, dass Freiflächen an der Rudolf-Leonhard-Str. 1-7 und 10-21 im November 2024 komplett gerodet wurden?

Antwort zu 1:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt hierzu mit:

„Ja, es trifft zu, dass das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) im November 2024 Freiflächen an der Rudolf-Leonhard-Str. 1-7 und 10-13 gerodet hat. Im Jahr 2025 wurden ergänzend Freiflächen an der Rudolf-Leonhard-Str. und 10-21 gerodet. Eine komplette Rodung der Freiflächen erfolgte nicht. Straßenbäume und erhaltenswerte Solitärgehölze wurden von der Rodung ausgenommen.“

Frage 2:

Was war der konkrete Grund für die Rodungen und welche Kosten sind dem Bezirk dadurch entstanden?

Antwort zu 2:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt hierzu mit:

„Es gingen beim SGA wiederholt Beschwerden von Anwohnenden und Bürgern zur Rudolf-Leonhard-Straße ein, die eine Rodung der Flächen im genannten Bereich forderten. Die Gründe werden in Punkt 3 erläutert. Das SGA kam diesen Forderungen sowohl 2024 als auch 2025 nach, nachdem sich die Wirksamkeit der Maßnahme aus dem Jahr 2024 bestätigt hatte. Im Jahr 2024 entstanden durch die Rodung Kosten in Höhe von 1.456,92 €. Im Jahr 2025 entstanden durch die Rodung Kosten in Höhe von 4.674,56 €.“

Frage 3:

Warum ist es anstatt vollständiger Rodungen nicht möglich, wuchernde Sträucher zurückzuschneiden, um die Verkehrswegesicherheit zu gewährleisten?

Antwort zu 3:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt hierzu mit:

„Im Rahmen des regulären Betriebs führt das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) auf den bezirklichen Grünflächen eine ordnungsgemäße Unterhaltungspflege durch. Auf vielen Flächen reicht dabei ein regelmäßiger Rückschnitt von Sträuchern sowie ein Verkehrssicherungsschnitt aus, um die Vegetation verkehrssicher und funktionsfähig zu erhalten. Es gibt jedoch spezifische Flächen, auf denen diese Standardpflege nicht mehr ausreicht und eine vollständige Rodung unumgänglich ist. Dies betrifft insbesondere folgende drei Problembereiche:

Strategische Müllablagerungen und Verunreinigungen

Viele der betroffenen Areale befinden sich direkt an Parkplatzflächen. Diese Lage erweist sich als strategisch vorteilhaft für illegale Müllentsorgungen, da Täter mit Fahrzeugen direkt heranfahren und Unrat barrierefrei abladen oder abwerfen können. In unübersichtlichen, zugewucherten Ecken geht der Eindruck der sozialen Kontrolle gänzlich verloren. Solche Bereiche werden in der Folge vermehrt als informelle Toiletten genutzt und erheblich mit Fäkalien verunreinigt. Ein einfacher Rückschnitt löst dieses Problem nicht. Erst durch die Rodung und das Anlegen von kurz gehaltenem Rasen wird die Einsicht auf die Flächen maximiert. Hierdurch steigt das Gefühl der sozialen Kontrolle erheblich, Täter fühlen sich beobachtet und die Gefahr illegaler Ablagerungen sowie sonstiger Verunreinigungen sinkt nachweislich.

Unverhältnismäßiger Pflegeaufwand an ungeeigneten Standorten

An bestimmten Standorten – wie beispielsweise auf sehr schmalen Grünstreifen direkt an Parkplätzen – ist eine dichte Strauchvegetation grundsätzlich ungeeignet. Die Pflanzen ragen durch ihr natürliches Wachstum schnell wieder in den Verkehrs- und Parkraum. Ein kontinuierlicher, engmaschiger Rückschnitt, der für die Verkehrssicherheit notwendig wäre, kann durch das SGA kapazitär und personell im Rahmen der normalen Pflegeintervalle nicht geleistet werden. Auch hier ist die Umwandlung in eine pflegeleichtere Struktur die einzige wirtschaftliche Lösung.

Überwuchs auf Privatgrundstücke und wiederholte Bürgerbeschwerden

Ein weiteres Problem stellen Bereiche dar, in denen die Vegetation öffentlicher Grünflächen stark in angrenzende Privatgrundstücke hineinragt oder -wächst. Führt dies zu wiederholten Beschwerden der betroffenen Anwohnenden, erweist sich ein fortlaufender Rückschnitt oft als ineffizient. In solchen Fällen stellt die Rodung der betroffenen Abschnitte eine langfristig effektive, kostengünstigere und personell weitaus weniger aufwendige Lösung dar, um den Konflikt dauerhaft zu beheben und den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Auftreten invasiver Pflanzenarten

Darüber hinaus gibt es invasive Pflanzenarten wie den Götterbaum und den Essigbaum, die aufgrund ihrer stark wuchernden Eigenschaften langfristig nur durch eine Rodung – also das vollständige Entfernen der Pflanze samt Wurzeln und Ausläufern – bekämpft werden können. Ein geringfügiger Rückschnitt oder ein bodennahes Kappen würde das Wachstum dieser Arten sogar stimulieren. Die Folgekosten für eine spätere Eindämmung wären weitaus höher als eine gezielte, zeitnahe Rodung dieser Herde.“

Frage 4:

Falls die Freiflächen nicht bebaut werden sollen: Wann werden sie wieder aufgeforstet, bzw. neu bepflanzt? Wenn eine Wiederaufforstung, bzw. Neubepflanzung nicht geplant ist, was ist der konkrete Grund dafür?

Antwort zu 4:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt hierzu mit:

„Eine Wiederaufforstung oder Neubepflanzung ist nicht geplant. Die Flächen sind keine Bauflächen. Sie sollen dauerhaft in einem übersichtlichen und pflegbaren Zustand verbleiben. Die genauen Gründe sind der Antwort zu Frage 3 zu entnehmen.“

Frage 5:

Wie beurteilt das Bezirksamt die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bürger, wenn es einerseits für Klima- und Umweltschutz eintritt, andererseits jedoch begrünte Freiflächen rodet, anstatt sie zu pflegen?

Antwort zu 5:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt hierzu mit:

„Das Bezirksamt sieht seine Glaubwürdigkeit durch diese Maßnahme keineswegs beeinträchtigt, da der Einsatz für Klima- und Umweltschutz nicht im Widerspruch zu einer gezielten, fachlich begründeten Rodung steht. Das SGA unterhält im Bezirk eine Vielzahl von Flächen, die bewusst weitestgehend unberührt bleiben oder aktiv als ökologische Ausgleichsflächen bewirtschaftet werden. Bei der Rudolf-Leonhard-Straße handelt es sich jedoch um einen spezifischen Problemstandort, der das Ergebnis eines sorgfältigen Abwägungsprozesses erforderte. Hierbei ist das SGA dazu angehalten, mit den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Mitteln ressourceneffizient zu wirtschaften. Eine vollständige Rodung und die anschließende Umwandlung in pflegeleichte Strukturen verursachen langfristig deutlich geringere Unterhaltungskosten als fortlaufende, engmaschige Rückschnitte, weshalb sich diese Maßnahme als der wirtschaftlich sinnvollste Weg erwiesen hat.

Gleichzeitig dient die Rodung an diesem konkreten Standort dem aktiven Umweltschutz, da nur so invasive Pflanzenarten wie der Götter- und Essigbaum, welche die heimische Biodiversität gefährden, nachhaltig bekämpft werden können. Zudem wird durch die neu geschaffene Einsehbarkeit der Flächen illegalen Müllentsorgungen, Verunreinigungen durch Fäkalien und dem damit einhergehenden Schädlingsbefall effektiv entgegengewirkt. Die Maßnahme stellt somit kein Abkehren von den allgemeinen Klimazielen dar, sondern ist eine wirtschaftlich verantwortungsvolle und ordnungsbehördlich notwendige Reaktion, um die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger vor Ort dauerhaft zu sichern.“

Berlin, den 13.08.2026

In Vertretung

Andreas Kraus
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt